



Wir haben es Geschafft!

Seit den 1980er Jahren kämpfen wir für sie. Endlich kommt sie, die #Ehefueralle!

Seite 3



Keinen Fingerbreit!

Wir kämpfen weiterhin mit den Berliner*innen für den Erhalt des Tempelhofer Feldes.

Seite 4



Gemeinsam, offen, bunt.

Susanna Kahlefeld kämpft für mehr Teilhabe und Vielfalt in der Politik.

Seite 5

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen in Neukölln | Nr. 186, Ausgabe 1 / 2017

NEUKÖLLN: „GEMEINSAM, OFFEN, BUNT“

Neuköllner Mischung behalten, Lebensqualität verbessern



Gerettet! Wohnhaus in der Liberastraße 10! Im Interview erklärt unser Grüner Stadtrat Jochen Biedermann wie er mit Milieuschutz und dem Vorkaufsrecht gegen explodierende Mietpreise und Verdrängung kämpft. [Seite 8](#)

Neukölln war schon immer ein vielseitiger und lebendiger Bezirk. Hier wohnen Menschen mit den unterschiedlichsten Biographien, Religionen und Lebensmodellen auf engem Raum zusammen. Diese Neuköllner Mischung macht das Leben im Bezirk bunt und interessant; auftretende Probleme werden gemeinsam gelöst. Ich will sozialen Zusammenhalt stärken und Chancengleichheit schaffen.

Verbesserte Mietpolitik statt Verdrängung

Besonders der Norden hat sich in den letzten Jahren merklich verändert. Kreative, die sich u.a. wegen der ehemals günstigen Mietkosten schon lange hier angesiedelt haben, haben dem Bezirk eine weitere positive Facette gegeben, wohnen und arbeiten wurde hier immer beliebter. Leider blieb diese Entwicklung auch bei den Immobilienbesitzer*innen nicht unentdeckt. In den letzten zehn Jahren stiegen die Mieten hier durchschnittlich um satte 73%. Der Bezirk weist die höchste Mietsteigerung aller Berliner Bezirke auf. Das hat zur Folge, dass Alteingesessene verdrängt werden, Gewerbetreibende, die eng mit ihren Kiezen verbunden sind, müssen aufgeben und gehen. Wir Grünen wollen den Bezirk voranbringen, ohne Verdrängung. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass auf Bundesebene die mietenpolitischen Instrumente gestärkt und auch Gewerbemieten neu geregelt werden. Die Mietpreisbremse muss nachge-

bessert werden, um für die Mieter*innen wirklich hilfreich zu sein. Unser Konzept der neuen Wohnungsgemeinnützigkeit motiviert dazu, langfristigen günstigen Wohnraum zu schaffen. Zusätzlich trägt die Ausweitung der Milieuschutzgebiete zu einer Verlangsamung der Mietentwicklung bei.

Familien stärken und Kinderarmut bekämpfen

In Neukölln leben über 50% der Kinder in Armut, ihre Familien erhalten Leistungen zur Existenzsicherung. Alleinerziehende und Familien mit vielen Kindern sind von Armut besonders betroffen. Durch eine bessere Familienförderung wollen wir besonders diese Familien besser unterstützen und vermeiden, dass Familien in die Armutsfalle geraten. Durch das Familienbudget, das u.a. eine Kindergrundsicherung von monatlich mindestens 300 Euro pro Kind beinhaltet, durch die Einführung einer flexiblen Vollzeit, bei der Beschäftigte ihre wöchentliche Arbeitszeit ihrer Lebenssituation anpassen können, und durch einen Anspruch auf ganztägige Kinderbetreuung, können Beruf und Familie besser vereinbart werden.

Neukölln – gesund und mobil

In Neukölln werden regelmäßig die erlaubten Grenzwerte für Feinstaub überschritten. Getan wird dagegen kaum etwas. Wir wollen die Bezirke stärken, um bei Überschreitung der Werte aktiv handeln zu können. Durch den Erhalt und den Ausbau von Grün-

flächen sollen Bezirke lebenswerter gemacht werden, auch Neukölln würde das zugute kommen und zu einer Verbesserung der Feinstaubwerte beitragen. Der starke Autoverkehr belastet unsere Luft. Zählungen zeigen, dass der Fahrradverkehr in Neukölln in den letzten Jahren stark angestiegen ist. Leider spiegelt sich dieser Trend nicht in der Fahrradinfrastruktur wieder. Besonders in Nord-Neukölln ist diese noch immer mangelhaft und gefährdet Radfahrer*innen. Viele Menschen trauen sich daher nicht mit dem Fahrrad auf die Straße, die Fahrt auf den Hauptverkehrsstraßen wird zur Mutprobe. Schlechte Luft ist auch ein soziales Problem: An den schmutzigsten Straßen wohnen die Menschen, die sich einen Umzug nicht leisten können. Wir Grünen setzen auf ein neu überdachtes Verkehrskonzept, das allen Verkehrsteilnehmer*innen gerecht wird. Der öffentliche Raum soll von allen gleichberechtigt genutzt werden können.

Denn gerade in den Kiezen, in denen die Einwohner*innen nicht die finanziellen Mittel haben, um dem Feinstaub, der Enge und dem Lärm zu entfliehen, ist es wichtig, eine konsequente ökologische Politik zu machen, nutzbare öffentliche Räume zu schaffen und die Luft zu verbessern. Dafür möchte ich mich im Bundestag einsetzen. Für Neukölln: Gemeinsam, offen, bunt.

Susanna Kahlefeld, MdB und unsere Grüne Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2017

10 Punkte für grünes Regieren

Was bekommen Sie mit uns Grünen in der Regierung? In zehn Punkten haben wir genau das zusammengefasst, um Ihnen ein verbindliches Angebot zu machen. Eine klare Antwort auf die Frage, wofür Grüne stehen und wofür es uns Grüne braucht – jetzt mehr denn je! Diese zehn Punkte stellen wir im Wahlkampf nach vorne und sie sind Grundlage für mögliche Koalitionsverhandlungen. Wir wollen regieren, aber nur, wenn sich wirklich etwas ändert. Dafür treten wir bei dieser Bundestagswahl an.

- 1 Klimaschutz voranbringen:** Wir steigen so aus der klimafeindlichen Kohle aus, dass wir die Klimaschutzziele und unser Ziel 100% Erneuerbare Energie im Strombereich bis 2030 einhalten. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab.
- 2 E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen:** Wir wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen.
- 3 Landwirtschaft nachhaltig machen:** Wir schaffen die industrielle Massentierhaltung über die nächsten 20 Jahre ab und steigen auf eine Landwirtschaft ohne Ackergerichte und Gentechnik um.
- 4 Europa zusammenführen:** Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen – statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung mehr in Verteidigung zu stecken.
- 5 Familien stärken:** Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende. Wir verbessern die Familienförderung mit 12 Milliarden Euro zusätzlich: das grüne Familienbudget – mit allem, was dazugehört – stärkt nicht nur Fa-

milien, sondern fördert auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

- 6 Soziale Sicherheit schaffen:** Wir bauen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung für alle um, beenden die Zwei-Klassen-Medizin und stabilisieren das Rentenniveau.
- 7 Integration zum Erfolg führen, Flüchtlinge schützen:** Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir wollen, dass anerkannte Flüchtlinge ihre Familien nachholen dürfen. Mit uns gibt es keine Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab.
- 8 Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben:** Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird – egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Wir wollen die Ehe für alle auch in Deutschland ermöglichen und das Adoptionsrecht öffnen.
- 9 Freiheit sichern:** Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist.
- 10 Fluchtursachen bekämpfen:** Deutschland trägt derzeit mit Rüstungsexporten an Diktaturen und Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und soziale Standards weltweit.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite 2:

- CDU & SPD: Volle Kohlekraft voraus!
- Ökologie geht nur sozial – und dazu braucht es Mut!
- Das große Sterben

Seite 3:

- Nachgefragt: Das Eine-Welt-Haus
- Freiheit macht (fast) alles besser – in der Drogenpolitik
- Heirate doch, wen du willst. Endlich!

Seite 4:

- Fakten statt Parolen – Warum wir GRÜNE für ein Nein beim Tegel-Volksentscheid werben
- CDU will den Kampf gegen Rechts schwächen
- Die Tempelhofer Freiheit verteidigen

Seite 5:

- Berlin gemeinsam gestalten – Diskriminierung bekämpfen, Partizipation fördern
- Verkehrs- und Radpolitik in Neu-

- kolln – Ein Toter und viel zu tun
- Aktionstag gegen den „Marsch für das Leben“ – Kämpfe mit uns für sexuelle Selbstbestimmung!

Seite 6:

- Vorgestellt: Neue Gesichter bei den Grünen Neukölln
- Jung, grün und stachelig – Die Grüne Jugend Neukölln ist wieder aktiv
- Marsch gegen islamistischen Terror – mit Unterstützung aus Neukölln
- Impressum

Seite 7:

- Probleme auszulagern, löst sie nicht – Asyl- und Flüchtlingspolitik funktioniert nur durch europäische Zusammenarbeit
- Hoffnungsträgerin „Brüssel“

Seite 8:

- Das Interview: Jochen Biedermann, Neuköllns Grüner Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Bürgerdienste



MELDE DICH JETZT ZU
UNSEREM NEWSLETTER AN.
WWW.GRUENE-NEUKOELLN.DE/NEWSLETTER



KLIMAPOLITIK

CDU & SPD: Volle Kohlekraft voraus!



Kohlebagger im Braunkohle-Tagebau Garzweiler.

Auf der Klimakonferenz in Paris Ende 2015 hat die Weltgemeinschaft beschlossen, die Erhitzung unseres Planeten auf deutlich unter 2 Grad, möglichst sogar 1,5 Grad, zu begrenzen. Knapp ein Jahr später trat das Abkommen in Kraft – die Uhr läuft!

Was heißt das konkret?

Mit der Unterschrift unter das Klimaabkommen hat die Bundesregierung zugesagt, dass wir ab Mitte des Jahrhunderts treibhausgasneutral leben und wirtschaften wollen. Doch ein Blick zurück zeigt, dass Union und SPD in den letzten Jahren nicht wirklich was dafür getan haben. Außer vielleicht warme Worte produziert. So werden wir das Klimaziel für 2020, d.h. 40% weniger CO₂ gegenüber 1990, kaum noch erreichen

können. Denn bislang stehen wir bei rund 25% – und ein Großteil davon geht auf den Zusammenbruch der DDR-Industrie zurück. Seit 2009 hat sich unser CO₂-Ausstoß nicht mehr reduziert.

Das ist fatal, denn beim Klimaschutz geht es um nichts weniger als die Rettung unserer Erde. Schon heute müssen mehr Menschen vor den Auswirkungen der Klimakrise fliehen als vor Bürgerkriegen. Der Meeresspiegel steigt, Jahr um Jahr haben wir neue Hitzerekorde und Extremwetterereignisse nehmen stetig zu. Auch bei uns ist die Klimakatastrophe längst Realität.

Was ist jetzt zu tun?

Kohlekraftwerke sind die schmutzigste, d. h. CO₂-intensivste Art,

Strom zu produzieren. Wenn wir das Klimagift also reduzieren wollen (und müssen), dann ist der wichtigste Schritt, Kohlekraftwerke schrittweise abzuschalten. Deshalb wollen wir Grüne die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke so schnell wie möglich abschalten. Damit kann es uns noch gelingen, das Klimaziel für 2020 zu erreichen. Und das wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch für die Jahre 2030 und 2050

ehrgeizige Klimaschutzziele aufstellen und auch erreichen können. Dazu haben wir uns in Paris verpflichtet. Und das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig. Schließlich haben wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt.

Seit 2009 hat sich unser CO₂-Ausstoß nicht mehr reduziert.

UMWELTGERECHTIGKEIT?

Ökologie geht nur sozial – und dazu braucht es Mut!

„Umweltgerechtigkeit“ – der Begriff klingt sperrig, weist aber auf einen krassen Missstand hin: Der soziale Status eines Menschen bestimmt darüber mit, wie stark er*sie von Umweltstress belastet wird. Menschen mit geringen Einkommen wohnen nämlich häufig dort, wo es laut, dreckig und wenig grün ist.

Neukölln ist Hotspot der Ungerechtigkeit

Während die Bundesregierung den Dieselgate-Skandal einfach aussitzt, weil ihr die Autolobby auf dem Schoß hockt, sterben gleichzeitig zehntausende Menschen jährlich an Herz-Lungen-Erkrankungen im Zusammenhang mit Feinstaubbelastungen. Gerade die Messstationen

in Neukölln verbuchen immer wieder Überschreitungen der Feinstaub- und Stickoxidgrenzwerte. Bereits im Juni waren es schon mehr Überschreitungen als im gesamten letzten Jahr. Berliner Spitzenreiter ist die Silbersteinstraße, dicht gefolgt von der Karl-Marx-Straße. Genau dort, wo viele arme Menschen ohnehin tagtäglich mit dem Verkehrslärm zu kämpfen haben. Eine sozialverträgliche Maßnahme, von der alle profitieren würden, wären Tempo-30-Zonen an den großen Neuköllner Hauptverkehrsstraßen – also langsamer, aber fließender Verkehr.

Wer Geld hat, zieht um

Eine aktuelle Studie der Bezirke Lichtenberg und Neukölln zeigt, dass es im Neuköllner Norden und der Gropiusstadt eine gefährliche Kombination aus Armut, Umweltstress und ärztlicher Unterversorgung gibt.

Wer es sich leisten kann, zieht daher lieber nah an Grünflächen oder kauft sich zumindest Schallschutzfenster, um den Verkehrslärm zu dämpfen. Ein Drittel aller Neuköllner*innen sind jedoch nicht ausreichend mit Grünflächen in Wohnungsnahe versorgt – und können das auch nicht ändern, besonders in den Nordkiezen. Zudem belastet die dichte Bebauung an heißen Sommertagen zusätzlich – und macht besonders älteren Menschen zu schaffen. Ungerecht ist auch, dass Sozialwohnungen meistens einen viel höheren Energieverbrauch haben als „normale“ Wohnungen. Das Mietrecht muss auf

Das Mietrecht muss auf Bundesebene endlich geändert werden!

Bundesebene endlich geändert werden! Denn energetische Sanierungen dürfen nicht zu höheren Belastungen der Mieter*innen führen. Das wollen wir Grüne ändern.

Grüne Politik für mehr Umweltgerechtigkeit

Leider hat Neukölln noch immer kein eigenes Klimaschutzkonzept. Auch das wollen wir Grüne nun endlich ändern. Wenn unser Kampf gegen Spekulanten und Gentrifizierung ebenfalls vorankommt, dann können wir viel für mehr Umweltgerechtigkeit bewegen. Gerade

Leider hat Neukölln noch immer kein eigenes Klimaschutzkonzept.

weil Neukölln ein relativ „armer“ Bezirk ist, muss er eine Vorreiterrolle einnehmen. Gerade hier brauchen die Menschen sozialverträgliche Sanierungen, mehr Stadtbäume, grüne Dächer, Fahrradwege, verkehrsberuhigende Maßnahmen und bessere ärztliche Versorgung. Dafür setzen wir Grüne uns ein.

Georg Kössler, MdB & Selma Clara Kreibich

RETTET DIE BIENEN

Das große Sterben

Es ist still geworden in Deutschland. Dort, wo es früher im Frühling summte und brummte, ist heute deutlich weniger zu hören; und die Gedanken müssen weit zurückwandern, wenn man überlegt, wann man das letzte Mal eine Wildbiene oder einen Schmetterling gesehen hat.

Die Zahlen, die sich hinter der Stille verbergen sind mehr als alarmierend – seit dem Jahr 1982 hat sich der Bestand an Insekten nach Angaben des Umweltministeriums um bis zu 80% verringert. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Besonders betroffen sind die Bienen: Sie leiden unter dem Befall von Milben, Viren und Bakterieninfektionen und werden durch Insektizide weiter geschwächt.

Sogenannte Neonicotinoide verringern die Lebensspanne der Bienen und schwächen ihren Orientierungssinn.

Es erscheint paradox, aber mittlerweile fühlen sich Bienen und viele andere Insekten in Städten wie Berlin wohler als auf dem Land. Dies alles ist Ausdruck einer völlig verfehlten Agrarpolitik: Landschaftswüsten ohne Baum und Strauch, eine in-

dustrielle Massentierhaltung, Monokulturen von Mais und Raps auf den Äckern. Diese Art der intensiven Landwirtschaft vernichtet ihre eigenen Grundlagen. Blühstreifen und Hecken gibt es immer weniger, das Überleben wird den Insekten immer schwerer gemacht. Dabei müsste eigentlich jeder und jedem klar sein, dass ohne die Bestäubungsleistung der Bienen und Insekten in den Obst- und Gemüseregalen der Supermärkte arge Tristesse herrschen würde. Natürlich hat der Rückgang der Insekten auch direkte Auswirkungen auf das restliche Ökosystem. Mit den Insekten schwindet die Nahrungsgrundlage für Vögel und Fledermäuse. An den stark schrumpfenden Populationen der insektenfressenden Vogelarten, wie etwa dem Rotkehlchen, lässt sich dies bereits ablesen.

Wir Grüne wollen eine giftfreie Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel auf unseren Tellern. Eine Landwirtschaft, die ohne Glyphosat und andere Gifte für Bienen arbeitet. Der Einsatz von Glyphosat hat einen erheblichen Anteil am dramatischen Artensterben. Neonicotinoide lei-

Seit dem Jahr 1982 hat sich der Bestand an Insekten um bis zu 80% verringert.



Wir Grüne wollen eine giftfreie Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel auf unseren Tellern.

sten ihren verheerenden Anteil am massenhaften Bienensterben. Solche Gifte müssen daher verboten werden. Egal, ob in der Stadt oder auf dem Land: unsere Gesellschaft muss etwas tun, wenn wir unseren Kindern nicht

nur von Bienen und Schmetterlingen erzählen wollen, sondern sie gemeinsam in unserer Natur entdecken wollen.

Turgut Altug, MdB

GLOBALE GERECHTIGKEIT

Interview: Das Eine-Welt-Haus in Neukölln



Foto: Julia Große

Hallo Alexander, für diejenigen, die den Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER) und Berlin Global Village e.V. noch nicht kennen, wer seid ihr und was macht ihr?

Der BER ist ein Netzwerk von mehr

als 110 entwicklungspolitisch aktiven Gruppen und Vereinen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Berlin für globale Gerechtigkeit einsetzen. Ob Fairer Handel oder Globales Lernen, Migration, Klimagerech-

tigkeit oder die Dekolonisierung des öffentlichen Raumes – wir vernetzen Menschen in Berlin, die Verantwortung vor Ort wahrnehmen und die Gesellschaft verändern. Mit Aktionen und Kampagnen zeigen wir Alternativen für und unterschiedliche Perspektiven auf eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtgesellschaft. Dafür brauchen wir einen Raum, in dem wir gemeinsam und mit bezahlbaren Mieten gemeinsam arbeiten – ein Eine-Welt-Zentrum. Deshalb haben wir 2011 aus dem BER heraus den Verein „Berlin Global Village“ gegründet, der diesen Raum schaffen soll.

Wie soll dieser Raum aussehen?

Am wichtigsten sind natürlich die Büro- und Veranstaltungsräume für unsere Gruppen – viele können sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten. Aber wir wollen darüber hinaus auch neue Formen der Zusammenarbeit etablieren – Co-Working-Spaces, modulare Büroeinheiten, Funktionsräume für spezielle Tätigkeiten. Dies alles wird jetzt entwickelt. Das gilt auch für weitere gemeinsame Flächen: ein Weltladen zum Beispiel kann mit einem gemeinsamen Lernort kombiniert werden, eine Bibliothek mit einem Ort des Spielens.

Warum seid Ihr nach Neukölln gekommen?

Eine Stiftung hat das Kindl-Areal gekauft, um eine der großen Industriebrachen in Neukölln langfristig für soziale, kreative und ökologische

Nutzungen zur Verfügung zu stellen. Gebäude und Freiflächen sollen zu einem attraktiven Ort der Arbeit und Begegnung werden und einen Beitrag zu einer guten Nachbarschaft im Rollbergkiez leisten. Dies schien uns der beste Ort für ein Eine-Welt-Zentrum. Bisher können erst ein paar unserer Gruppen in einer Etage im alten Verwaltungsgebäude arbeiten – das ist gewissermaßen die Vorhut des Zentrums. In den nächsten Jahren wollen wir die Gebäude renovieren und ausbauen.

Welche Unterstützung bekommt ihr von der Politik?

Wir brauchen für unser Vorhaben finanzielle Unterstützung vom Land. Diese wurde uns nach dem Regierungswechsel von der neuen Rot-Rot-Grünen Koalition endlich zugesagt, nach Jahren des Hinhaltens und Stillstands. Wir freuen uns, dass es damit endlich losgehen kann.

Alexander Schudy arbeitet im Koordinierungsbüro des BER: www.eineweltstadt.berlin

Das Gespräch führte Georg Kössler MdA, Sprecher für Eine-Welt-Politik der Grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

LIBERALISMUS

Freiheit macht (fast) alles besser – in der Drogenpolitik

Die Drogen-Verbotspolitik ist eklatant gescheitert. Deren Nebenwirkungen schaden den Konsument*innen mehr als sie nützen. Daher ist eine neue Drogenpolitik dringend nötig!

Sei es in der Hasenheide oder rund um die Weserstraße – wer in Neuköllns Straßen unterwegs ist, merkt sofort, dass das Verbot bestimmter Drogen nicht dazu führt, diese nicht angeboten zu bekommen. Und das ist nicht nur in den Neuköllner Kiezen so: Weltweit gibt es bis heute keinen Beweis, dass ein Verbot von Drogen zu weniger Konsum führt – nicht mal in Ländern mit der Todesstrafe.

Dagegen sind die Folgen des

Verbotes verheerend! Dealer*innen fragen nicht nach dem Ausweis, sondern sprechen so viele Menschen an, wie möglich. Beispielsweise verhindert es einen echten Jugendschutz. Denn dieser kann nur gewährleistet werden, wenn die Verkäufer*innen im Legalen arbeiten und ihre Lizenz verlieren können. Dealer*innen hingegen fragen nicht nach dem Ausweis, sondern sprechen so viele Menschen an wie möglich. Und auch echten Verbraucher*innenschutz gibt es nur durch einen geregelten Markt. Derzeit wissen

Dealer*innen fragen nicht nach dem Ausweis, sondern sprechen so viele Menschen an, wie möglich.

Konsument*innen nicht, was sie genau kaufen. Dabei sind Streckmittel und Einmischungen, damit zum Beispiel das Gras schwerer wird, oft viel gefährlicher als die eigentliche Substanz. Schließlich führt das Verbot sogar dazu, dass Personen, die ein problematisches Konsumverhalten entwickeln, größere Scheu haben, sich an Therapieeinrichtungen zu wenden. Durch eine geregelte Abgabe könnte dafür gesorgt werden, dass soziale Träger mit eingebunden werden und früher ein Kontakt hergestellt wird.

Aus den genannten Gründen, stehen wir Grüne für eine liberalere Drogenpolitik. Die Bundestagsfraktion hat zuletzt ein Cannabiskontrollgesetz vorgelegt, das den Verkauf und die Produktion von THC-haltigen Hanfprodukten ermöglicht und regelt. Jetzt brauchen wir die Mehrheiten im Deutschen Bundestag, um es auch umsetzen zu können.

Dass sich mit uns an der Regierung in diesem Themenfeld wirklich etwas tut, beweist Rot-Rot-Grün in Berlin. Gerade auf unseren Druck hin wurden zwei zentrale Projekte in den Koalitionsvertrag aufgenommen, die nun Wirklichkeit werden: Erstens plant Berlin, ein wissenschaftliches

Modellprojekt zur Abgabe von Cannabis an Konsument*innen durchzuführen, bei dem die Auswirkungen einer Legalisierung untersucht werden; zweitens wird Berlin *Drugchecking* ermöglichen, durch welches Konsument*innen ihre Substanz anonym nach deren wirklichen Inhaltsstoffen testen lassen können. Gerade in der Partymetropole Berlin wollen wir allen die Freiheit geben, wissen zu dürfen, was sie wirklich schlucken, rauchen oder ziehen. Die Zeit der menschlichen Versuchskaninchen muss endlich vorbei sein.

Werner Graf, Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Berlin

GLEICHBERECHTIGUNG

Heirate doch, wen du willst. Endlich!

Am 30. Juni 2017 eröffnet Bundestagspräsident Norbert Lammert die letzte Sitzung des Bundestages in dieser Legislaturperiode. Es ist auch seine letzte Sitzung, nach 37 Jahren verlässt Lammert den Bundestag. Ebenso wie Volker Beck, der nach 23 Jahren geht. Für Volker Beck wird diese Sitzung aber darüber hinaus eine seiner denkwürdigsten sein. Denn sein Lebenswerk wird an diesem Tag – sozusagen auf den letzten Drücker – durch die Abstimmung gekrönt, die als erster Punkt auf der Tagesordnung steht. Um 9.13 Uhr morgens beschließt der Bundestag mit 393 zu 226 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, dass es auch in Deutschland die Ehe für alle geben wird.

Die Freude über dieses Ergebnis war in den Reihen der Grünen Fraktion verständlicherweise groß. Um Volker Beck herum versammelten sich Kolleg*innen, die Knallbonbons zündeten und ihn so mit einer kleinen Konfetti-Parade verabschiedeten. Was für ein Timing! Und niemand, wirklich niemand, hätte gedacht, dass es am Ende doch noch gelingen könnte. Selbst bei den Aktivist*innen, die seit den frühen 90er Jahren dabei wa-



Wo die Liebe hinfällt

ren, war das Erstaunen groß, als es plötzlich am Dienstag hieß: Schnell, schnell, die SPD will doch noch zustimmen. Jetzt musste gehandelt wer-

den. Fast auf den Tag genau 25 Jahre nach der „Aktion Standesamt“ des LSVD, bei der in ca. 100 Gemeinden Lesben und Schwule – damals noch

rechtswidrig – ihr Aufgebot bestellt hatten. Jetzt wurde innerhalb von vier Tagen beschlossen, was ein Vierteljahrhundert Vorlauf gebraucht hatte. Viele von uns rieben sich erstaunt die Augen, aber der Freude tat es keinen Abbruch.

Es ist genug Ehe für alle da

Diese schlichte Einsicht scheint mittlerweile auch bei den Konservativen angekommen zu sein, anders ist das Abstimmungsergebnis nicht zu deuten. Auch wenn alle wissen, dass Frau Merkel nur wahlkampftaktisch geschickt ein Thema abräumen wollte, das Ergebnis ist richtig. Und wir Grüne können uns freuen. Denn wir haben aus der Opposition heraus ein dickes gesellschaftspolitisches Brett gebohrt und gezeigt, dass es sich lohnt, niemals aufzugeben und – buchstäblich – bis zum letzten Atemzug zu kämpfen.

Die Geschichte nicht vergessen: Jutta Oesterle-Schwerin

Die Geschichte fing jedoch nicht mit Volker Beck und dem LSVD an. Es gab schon in den 80er Jahren eine Be-

wegung und streitbare Bewegte. Das war z. B. im Bundestag die Grünen-Abgeordnete Jutta Oesterle-Schwerin. Sie war die erste, die im Bundestag explizit über Lesben und Schwule gesprochen hat und nicht nur über Homosexuelle. Jutta Oesterle-Schwerin war beteiligt an dem Gesetzentwurf für das „Gesetz zur strafrechtlichen Gleichstellung von Homo- und Heterosexualität“ vom 9. März 1989.

Unvergessen ist ihre Kleine Anfrage vom 22. November 1990 mit dem schönen Titel „Abkehr von der Zwangsheterosexualität“. Es ging um die Förderung lesbischer Existenz und gesetzliche Maßnahmen zum Schutz lesbischer Lebensgemeinschaften, also all dem, was 2001 in Teilen durch das Lebenspartnerschaftsgesetz geregelt wurde und bald durch die Eheschließung geregelt sein wird. Deshalb möchte ich diesen Artikel schließen mit einem tiefempfundenen Dank an Jutta Schwerin (wie sie mittlerweile heißt) und all die ungenannten und vergessenen Vorkämpfer*innen, auf deren Schultern wir standen und ohne deren Vorarbeit wir heute nicht da wären, wo wir sind.

Anja Kofbinger, MdA

FAKTEN STATT PAROLEN

Warum wir Grüne für ein Nein beim Tegel-Volksentscheid werben



© Mika Stetsovski

Berlin braucht Tegel! – Unter dieser Parole polemisieren FDP und AfD schon seit Monaten gegen die geplante Schließung des alten Flughafens TXL. In letzter Minute ist auch Berlins CDU auf den Zug aufgesprungen und bekommt Unterstützung von CSU-Verkehrsminister Dobrindt. Sie alle trommeln für ein Ja beim Tegel-Volksentscheid am 24. September. Dabei ist ihnen egal, dass ihre vermeintlichen Argumente längst widerlegt sind und sämtliche Fakten gegen sie sprechen.

Eine Fortsetzung des TXL-Flugbetriebs dürfte schon alleine rechtlich nicht möglich sein. Die Schließung

der innerstädtischen Flughäfen Tempelhof und Tegel gilt juristisch seit der Planfeststellung vom BER als beschlossene Sache. Für einen Weiterbetrieb bräuchte es nicht nur die Zustimmung des Nachbarlandes Brandenburg (das sich schon dagegen ausgesprochen hat), sondern auch ein neues Genehmigungsverfahren. Expert*innen rechnen mit wenig Aussicht auf Erfolg – aber mit vielen Klagen.

Aus gutem Grund: In Berlins Norden und Umgebung leiden 300.000 Menschen unter den schädlichen Folgen des Fluglärms. Lärm macht krank. Staat und Politik haben den Betrof-

fenen vor vielen Jahren ein Ende des Flugbetriebs in Tegel versprochen. FDP und AfD ist das offenbar egal. Und die CDU erinnert sich nicht mehr daran, diese Zusage gegeben zu haben. Die Folgen davon weisen über Tegel hinaus: Wenn sich Bürger*innen nicht mehr auf politische Entscheidungen und rechtswirksame Beschlüsse verlassen können, schadet das der Demokratie insgesamt.

Die Folgen eines TXL-Weiterbetriebs würde Berlins Bevölkerung auch finanziell zu spüren bekommen. Denn der wäre – anders als von seinen Befürwortern behauptet – das Gegenteil von wirtschaftlich. Neben

dauerhaften Subventionen für einen teuren Parallelbetrieb müssten die Steuerzahler*innen rund eine Milliarde Euro aufbringen, um das marode Flughafengebäude aus den 1970ern auf Vordermann zu bringen. Hinzu kämen rund 400 Millionen, die in Lärmschutzmaßnahmen investiert werden müssten.

Und das alles für einen zweiten Flughafen, den niemand braucht. Denn der BER ist nicht „zu klein“ ausgelegt, auch wenn die FDP und Teile der Flugfahrt-Lobby das gebetsmühlenartig behaupten. Der schlagende Beweis ist Tegel selbst: Einstmals für sieben Millionen Passagiere geplant, fertigt er heute über 21 Millionen Passagiere im Jahr ab.

Fazit: Es gibt keine echten Argumente für einen Weiterbetrieb des TXL, der Hunderttausende um den Schlaf bringt, Steuergelder in Milliardenhöhe verbrennt und mit großer Wahrscheinlichkeit nicht genehmigungsfähig ist. Schon gar nicht, wenn Berlin dann auf die geplante Nachnutzung des Areals mit 9.000 Wohnungen, 20.000 Arbeitsplätzen, dringend benötigten neue Bildungseinrichtungen und Grünflächen verzichten muss. Wir Grüne halten es daher lieber mit den Fakten und kämpfen deshalb für ein Nein beim Tegel-Volksentscheid am 24. September.

Daniel Wesener, MdB
Mitglied der Grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus

Weitere Informationen zum Volksentscheid Tegel gibt's hier:
www.gruene.berlin/tegel

ZUKUNFT DES TEMPELHOFFER FELDES

Die Tempelhofer Freiheit verteidigen

Vor inzwischen über zwei Jahren haben sich hunderttausende Menschen in Berlin für den Erhalt des Tempelhofer Feldes und damit gegen eine Bebauung entschieden. Viele davon wünschen sich, dass das Tempelhofer-Feld-Gesetz dadurch abgesichert wird, dass seine Inhalte in den Berliner Flächennutzungsplan (FNP) aufgenommen werden.

Das können wir Neuköllner Grüne gut verstehen. Auch wir möchten das Tempelhofer Feld für die Berliner*innen langfristig sichern. Wir halten den Weg über eine FNP-Änderung allerdings nicht für zielführend. Denn eine Änderung des FNP löst ein sehr langwieriges Beteiligungsverfahren aus, in dem alle Debatten zum Feld wieder neu geführt werden. Es geht dann wieder damit los, wie dringend der Wohnungsbau ist, dass die Stadt dringend Flächen für Infrastrukturprojekte braucht, dass der letzte Starkregen gezeigt hat, wie wichtig Rückhaltebecken sind und – wie die FDP drauf ist – dass wir den Flughafen am besten wieder eröffnen sollten. Diese Debatten, die im schlimmsten Fall über mehrere Jahre anhalten können, braucht kein Mensch. Und selbst bei einer erfolgreichen Änderung des FNP ist keine Sicherheit für die Ewigkeit garantiert, denn eine erneute Änderung ist zwar auch wieder mühsam, aber trotzdem möglich. Echte Sicherheit für die Tempelhofer Freiheit kann nur der



Foto: Christian Kölling

politische Wille der Berliner*innen und ihrer politischen Vertreter*innen bieten.

Wir Grüne in Neukölln wollen das Tempelhofer-Gesetz politisch verteidigen. Das Gesetz ist einer der größten Erfolge der Berliner Bürger*innengesellschaft und ih-

rer Initiativen. Die Berliner*innen haben gesprochen und ihren Willen bekundet, das Tempelhofer Feld für die Allgemeinheit frei zu halten. Das gilt, jetzt und in Zukunft! Darüber sollte es keine Diskussion mehr geben. Wir Neuköllner Grünen werden uns jedenfalls allen in den Weg stel-

len, die versuchen, den Willen der Berliner*innen zu missachten. Darauf kann sich Berlin verlassen.

Gabriele Vonnekold
Fraktionsvorsitzende Grüne
BVV-Fraktion Neukölln

CDU will den Kampf gegen Rechts schwächen

Die Extremismusdebatte mit der unseligen Forderung der Bundes-CDU von allen Projekten und Initiativen gegen Rechts wieder die „Demokratieerklärung“ zu fordern, hat nun auch Neukölln erreicht.

Die Initiativen sollen unterschreiben, dass sie keine Extremisten bei sich, bei Organisationen, mit denen sie zusammenarbeiten, und bei ihren öffentlichen Auftritten dulden. Damit werden alle Initiativen, die sich für die Verteidigung unserer Demokratie einsetzen, unter Generalverdacht gestellt, extremistisch zu sein. Hat schon einmal jemand so etwas von Sportvereinen gefordert? Einige haben bekanntermaßen gewalttätige rechte Fans. Aber was noch schlimmer ist, die „Demokratieerklärung“ behindert massiv öffentliche Aktionen, denn wer kann schon garantieren, dass z.B. bei einem Nachbarschaftsfest kein „Extremist“ auftaucht. Und genau das ist das Motiv der CDU.

In Neukölln zielt die CDU vor allem auf das „Bündnis Neukölln“, ein breites bürgerschaftliches Bündnis von Aktiven aus vielen verschiedenen Initiativen, Migrant*innenorganisationen, Jugendorganisationen, SPD, Grünen und Linken, den beiden christlichen Kirchen und vielen Einzelpersonen mit unterschiedlicher Motivation. Sie verbindet das Ziel, sich den menschenfeindlichen Aktivitäten der Rechten in Neukölln entgegenzustellen.

In Neukölln gab es aus der rechten Szene Brandstiftungen bei Einfamilienhäusern von Migrant*innen in Rudow, die Platzeroberungsstrategie rund um Alt-Rudow, bei der Bürger*innen und Gewerbetreibende massiv unter Druck gesetzt wurden, Terror und Vandalismus gegen Demokrat*innen in der Britzer Hufeisensiedlung, Brandanschläge gegen das Anton-Schmaus-Haus der Falken, tätliche Überfälle mit erheblichen Verletzungen der Opfer, es wurden immer wieder Büros von Initiativen und Parteien angegriffen, wie auch Galerien und Buchläden und regelmäßig brennen Autos demokratischer Politiker*innen. Dagegen kämpft das „Bündnis Neukölln“ mit sehr erfolgreichen Aktionen, wie Diskussionsveranstaltungen, Infoständen, Mahnwachen, Aktivitäten mit Geflohenen, Festen etc., um Räume wieder für die Neuköllner*innen zurückzugewinnen und ein friedliches und solidarisches Miteinander aller Menschen in Neukölln zu fördern. Das letzte großartige Beispiel war das „Festival offenes Neukölln“ mit über 100 Veranstaltungen von mehr als 80 Initiativen, Vereinen, Kneipen und Galerien in ganz Neukölln am Wochenende vom 14.-16. Juli.

Die Breite des demokratischen Widerstandes gegen Rechts in Neukölln scheint der CDU nicht zu gefallen. Da scheint jedes Mittel recht zu sein, um den aktiven Organisator*innen in den Arm zu fallen, wie die Wiederbelebung des Zwangs zur „Demokratieerklärung“. Dazu schließt sie auch Bündnisse mit AfD und FDP, um in der Neuköllner BVV ihre Schikanen gegen Demokrat*innen zu vertreten. Aber dort haben SPD, Grüne und Linke die Mehrheit, um die Demokratie und alle, die sich für sie einsetzen, verteidigen zu können. Ich wünsche mir, dass auch bei der kommenden Bundestagswahl die Bedeutung solcher Mehrheiten für die wertvolle Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in die individuelle Wahlentscheidung einfließt.

Gabriele Vonnekold

BERLIN GEMEINSAM GESTALTEN

Diskriminierung bekämpfen, Partizipation fördern



Foto: Bernd Schwarz

Antidiskriminierung und Integrationspolitik

Berlin lebt von seinem Ruf als weltoffene, tolerante und vielfältige Stadt. Aktuelle Studien zeigen jedoch auf, dass Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund leider immer noch allgegenwärtig ist. Sei es in der Schule, bei der Besetzung von Arbeitsstellen oder bei der Vergabe von Wohnungen.

Antidiskriminierungsarbeit und Integrationsarbeit sind zentral für die Gestaltung unserer Stadtgesellschaft. Deshalb freut es mich zu sehen, dass sich immer mehr Berliner*innen gegen Diskriminierung stark machen und einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Zusammenlebens in unserer Stadt leisten.

Diese zivilgesellschaftlichen selbstorganisierten Initiativen brauchen Unterstützung durch konkrete politische Rahmenbedingungen. Und die

Politik braucht ihre Expertise und Erfahrungen, denn sie sind es, die die Bedürfnisse und Problemlagen am besten kennen. Daher setze ich mich auf Landesebene bereits seit vielen Jahren für engen Austausch und enge Zusammenarbeit mit allen Akteur*innen und damit für eine partizipative Integrationspolitik ein. Mit meiner Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus haben wir vor der Einbringung unseres Gesetzentwurfs für ein Berliner Antidiskriminierungsgesetz gemeinsam mit Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik breit darüber diskutiert, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit Vielfalt und Heterogenität nicht zu Ungerechtigkeit und Ausgrenzung führen. Eine wichtige Forderung in diesem Prozess war die Schaffung einer starken Berliner Antidiskriminierungsstelle. Mit Dirk Behrendt hat

Berlin nun bundesweit den ersten Senator für Antidiskriminierung.

Beteiligung und Partizipation

Als Vorsitzende des Ausschusses für „Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation“ trete ich ebenfalls für eine Stärkung der Themen Beteiligung und Partizipation ein. Mehr Beteiligung ist ein politisches Ziel, das sich als roter Faden durch den Koalitionsvertrag zieht: Bei Bauvorhaben und in der Verkehrsplanung, in Bezirken und auf Landesebene.

Auch bürgerschaftliches Engagement ist eine Form von Partizipation und Mitgestaltung. Viele Berliner*innen engagieren sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl in ihrer Stadt, sei es im sozialen Bereich, in Sportvereinen oder für Geflüchtete. Diese vielfältigen Initiativen und Strukturen des Ehrenamts müssen gestärkt werden. Verwaltung muss lernen, mit Engagierten zusammen zu arbeiten.

Die Berliner*innen wollen ihre Stadt mitgestalten. Das haben uns die erfolgreichen Volksentscheide zum Tempelhofer Feld und zu den Berliner Wasserbetrieben einmal mehr gezeigt. Auf Bezirksebene waren es die Neuköllner*innen selbst, die im Norden durch einen Bürger*innenantrag für ein Millieuschutzgebiet Druck gemacht haben.

Ich begleite derzeit den Prozess zur Entwicklung von Leitlinien für Bürger*innenbeteiligung, wie es sie in vielen Ländern schon gibt – Berlin macht sich auf den Weg.

Für Neukölln

Auch in meinem Bezirk Neukölln liegt mir am Herzen, dass Vielfalt und Teilhabe gelebt werden können. Dafür müssen wir Rahmenbedingungen schaffen. Neukölln ist ein heterogener Bezirk. Berlinweit sind hier die höchsten Erwerbslosenquoten und die größte Abhängigkeit von Sozialleistungen zu verzeichnen und daraus resultierend ist die Armutsgefährdung

Für ihre Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ist Susanna Kahlefeld Sprecherin für Partizipation und Beteiligung. In dieser Funktion ist sie zuständig für einen großen Teil der Integrationspolitik. In diesen Bereich fallen u. a. die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen, die Einbeziehung der Berliner Migrant*innenorganisationen, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, effektive Antidiskriminierungsmaßnahmen in allen Bereichen,

von der Schule bis zum Wohnungsmarkt, und die Weiterentwicklung des Berliner Integrations- und Partizipationsgesetzes. Zudem ist sie zuständig für das Themenfeld Beteiligung: vom bürgerschaftlichen Engagement über die diversen Beteiligungsprozesse bis hin zur direkten Demokratie.



Meine Ziele im Bundestag

Um den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, brauchen wir sowohl eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, eine Neuordnung des Gewerbemietrechts und die Unterstützung von umweltgerechtem und nachhaltigem Wirtschaften, als auch die Einführung einer solidarischen Bürger*innenversicherung und die Förderung von Familien. Dafür und für ein starkes solidarisches Europa möchte ich mich im Bundestag einsetzen.

Susanna Kahlefeld, MdB und unsere Grüne Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2017

VERKEHRS- UND RADPOLITIK IN NEUKÖLLN

Ein Toter und viel zu tun

Am 13. Juni 2017 gab es ein weiteres Verkehrsoffer in Neukölln: an der Unfallstelle Herrmannstraße/Kienitzer Straße kam der Fahrradfahrer Michael im Straßenverkehr ums Leben. Der 56-jährige erlag seinen Verletzungen, die ihm durch den Zusammenstoß mit einer sich plötzlich öffnenden Fahrtür zugefügt wurden. 2016 gab es an der Hermannstraße (einschließlich Hasenheide/Karl-Marx-Straße) bereits acht Radunfälle.

Das Bezirksamt hat mittlerweile reagiert und die gefährliche Stelle mit Pollern zur Sicherung des Radweges entschärft. Das ist ein erster wichtiger Schritt, aber nicht nur die „Fahrradhölle Hermannstraße“ und andere Straßen in Neukölln, sondern ganz Berlin muss fahrradfreundlicher werden. Allein seit Januar 2016 zählt der ADFC 20 getötete Radfahrer auf den Straßen Berlins.

Was ist zu tun?

Das Radgesetz ist ein wichtiger Baustein unseres Grünen Mobilitätskonzepts. Für uns Grüne hat die Verabschiedung des Radgesetzes als Teil eines Mobilitätsgesetzes zentrale Bedeutung. Es kommt jetzt darauf an, ein erfolgreiches und juristisch „wasserdichtes“ Gesetz zur Verabschiedung zu bringen, damit unsere Vorstellung von Mobilität in der Realität erlebt und erfahren werden kann.

Wir haben darum im Juni in der Bezirksgruppe mit dem für das Radgesetz verantwortlichen Staatssekretär Jens-Holger Kirchner (Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz) die Ziele, Inhalte und Positionen zum Radgesetz diskutiert. Mitte Juli wurden mit den Beteiligten viele Details geklärt. Im August wurde

der fertige Entwurf präsentiert. Bevor der Entwurf dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wird, müssen noch die beteiligten Verbände angehört werden. Klingt kompliziert und langwierig? Ist es auch. Denn eine gute Fahrradpolitik muss sich gut mit der gesamten Verkehrspolitik verzahnen. Aber wir bleiben dran!

Grüne Fahrradpolitik

Unsere Senatorin Regine Günther hatte bereits im April mit anderen Vertreter*innen des Raddialogs wichtige Eckpunkte vorgestellt. Dazu zählen:

- Ein lückenloses Radverkehrsnetz mit Fahrradstraßen und Vorfahrt für Radfahrer*innen an bestimmten Kreuzungen
- Radverkehrsanlagen an allen Hauptverkehrsstraßen, soweit möglich als baulich geschützte Radstreifen
- 100 Kilometer Radschnellverbindungen
- 100.000 Fahrradabstellplätze bis 2025
- Steigerung des Radverkehrs auf 20 Prozent bis 2025 (Anteil am Gesamtverkehr; Vergleich 2013: 13 Prozent)

Wir sind viele!

Wie viele sich für eine fahrradfreundliche Stadt einsetzen, hat sich auch auf der Sternfahrt durch Berlin gezeigt. Trotzdem müssen wir gemeinsam weiter Druck machen. Für eine gute Verkehrspolitik braucht es auch Initiativen von der Bundesebene. Wir wollen Diesel- und Autominister Dobrindt endlich ablösen! Darum am 24.9. grün wählen!

Lena Brommer

AKTIONSTAG GEGEN DEN „MARSCH FÜR DAS LEBEN“ AM 16.9.

Kämpfe mit uns für sexuelle Selbstbestimmung!

Auch in diesem Jahr wird in Berlin wieder der „Marsch für das Leben“ stattfinden, bei dem selbst ernannte „Lebensschützer*innen“ ein totales Verbot und die Bestrafung von Schwangerschaftsabbrüchen fordern. Unterstützt werden sie von Politiker*innen aus CDU/CSU und der AfD sowie von Vertreter*innen der „Besorgten Eltern“ und der „Demo für alle“. Seitdem nicht nur christliche Fundamente, sondern auch Rechte von Vertreter*innen der „Besorgten Eltern“ und der „Demo für alle“. Seitdem nicht nur christliche Fundamente, sondern auch Rechte von Vertreter*innen der „Besorgten Eltern“ und der „Demo für alle“.

Die Teilnehmenden des Marsches fordern nicht nur die Bestrafung von Schwangerschaftsabbrüchen, sondern wenden sich auch gegen sexuelle Vielfalt, gegen jede Art von Lebensentwürfen außerhalb christlich-traditioneller Normen und gegen offene Sexualaufklärung an Schulen. Das zeigt, wie wenig es ihnen tatsächlich um „Lebensschutz“ und Menschenwürde oder Demokratie und Humanität geht. Ihr Begriff des „Lebensschutzes“ beinhaltet die Herstellung der „alten Ordnung“ mit einer heiligen Mutter-Vater-Kinder-Familie im Zentrum.

„Ihr Ziel: Das Durchsetzen von Herrschaftsansprüchen und einem rückwärts gewandten Weltbild.“

so hoch wie in keinem anderen Bezirk. Andererseits ist Neukölln ein Bezirk mit einem großen kreativen Potenzial.

Hier werden neue Ideen und Konzepte ausprobiert und weiterentwickelt, u. a. für sozialen Zusammenhalt, kooperatives Arbeiten und solidarisches und gerechteres Wirtschaften. Eine Vielzahl von Initiativen, Vereinen, Organisationen und Einzelpersonen engagiert sich in diesen Bereichen. Fehlende bezahlbare Arbeitsräume, Mietenspekulation und steigende Gewerbemieten erweisen sich jedoch für alle als ein drängendes Problem.

Hier geht es um das Durchsetzen von Herrschaftsansprüchen und einem rückwärts gewandten Weltbild, das Menschen Selbstbestimmung über ihr eigenes Leben und ihren Körper verwehrt.

Leben und lieben ohne Bevormundung

Wir lieben aber in sehr viel vielfältigeren, selbst gewählten Zusammenhängen. Wir leben in Patchwork-Familien, als gleichgeschlechtliche Paare, als Alleinerziehende, in zeitweiliger Partnerschaft, in Wohngemeinschaften, mit und ohne (eigene) Kinder. Wir wollen, dass alle leben und lieben können ohne jede Bevormundung und wir finden: Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht! Alle Menschen sollen diskriminierungsfrei über ihre Familienplanung und ihr Sexualleben entscheiden können und bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt werden – unabhängig von Herkunft, sexueller und geschlechtlicher Orientierung oder sozialer, ökonomischer und gesundheitlicher Situation.

Sei dabei beim Aktionstag

Es ist unerträglich, dass christliche Fundamentalist*innen und Rechtspopulist*innen für ihre menschenfeindlichen Forderungen in unserem bunten und vielfältigen Berlin auf die Straße gehen. Die Grünen positionieren sich entschieden gegen den „Marsch für das Leben“ und unterstützen die Forderungen des

Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung. Das breite Bündnis besteht aus verschiedenen feministischen und politischen Gruppen sowie Verbänden. Es organisiert jährlich Gegenproteste, verteidigt das Recht auf eine selbstbestimmte Sexualität und fordert eine aufgeklärte Familienpolitik.

Wie jedes Jahr werden auch wir uns beim Aktionstag am 16. September diesen reaktionären Kräften lautstark entgegenstellen. Mach mit, lade deine Freund*innen ein und setze gemeinsam mit uns ein starkes Zeichen für sexuelle Vielfalt und Selbstbestimmung!

Julia Maria Sonnenburg, Sprecherin der LAG Frauen- und Geschlechterpolitik

Mehr Infos unter sexuelle-selbstbestimmung.de

VORGESTELLT:

Neue Gesichter bei den Grünen Neukölln

Ob rechtsmotivierte Gewalt gegen Politiker*innen in Neukölln, die miserable Klima- und Energiepolitik der Großen Koalition oder die Wahl Donald Trumps – gute Gründe Bündnis 90/Die Grünen beizutreten, gibt es viele. Wir wollten von dreien unserer Neumitglieder wissen, was sie zu uns geführt hat und warum es in diesen Zeiten umso wichtiger ist, Position zu beziehen und sich gerade jetzt in die politischen Debatten einzubringen.



Michaela

„Ich musste raus aus meiner Couch-Komfort-Zone!“

Michaela, Du bist vor Kurzem den Neuköllner Grünen beigetreten. Was hat Dich zu uns geführt?

Ich bin seit Anfang des Jahres bei den Grünen. Zum einen haben mich die Landtagswahlen im letzten Jahr

in Sachsen-Anhalt geirrt (AfD: 24,3%, Grüne: 5,2%). Als dann noch Trump gewonnen hatte, dachte ich mir: jetzt reicht's aber! Nun muss ich aus meiner Couch-Komfort-Zone herauskommen und den Abend eben nicht zeitungslesend und über Politik meckernd verbringen, sondern lieber mal in die Berthelsdorfer Straße fahren :-). Jeder kann und sollte dann auch einfach selbst aktiv werden. Welches Thema liegt Dir besonders am Herzen und was möchtest Du bei uns bewegen?

Da ich mich in den Bereich Klimaschutz in den letzten Jahren ganz gut eingearbeitet habe, war es naheliegend, in der Klimaschutzgruppe aktiv zu werden. Mein Ziel ist es, gemeinsam mit den Aktiven in Neukölln ein Klimaschutzkonzept zu erarbeiten. Denn das spart nicht nur jede Menge CO₂, sondern schafft Arbeitsplätze im Kiez und wird das Neuköllner Image deutlich aufpolieren. Bis dahin müssen wir aber noch einiges an Überzeugungsarbeit leisten, nicht nur

bei der Bürgermeisterin und in der Verwaltung, sondern auch bei den Grünen.

Engagierst Du Dich in einem unserer zahlreichen Parteigremien?

Europapolitik, Bundespolitik, Landespolitik – darüber fühlte ich mich immer ganz gut informiert. Aber von Kommunalpolitik hier in Berlin hatte ich bis vor kurzem sehr wenig Ahnung, obwohl es mich doch am meisten betrifft. Seltsam, oder? Es macht mir Spaß, meinen Bezirk nun erst richtig kennenzulernen. Ich finde es auch wirklich bereichernd zu erfahren, wie viel Zeit und Mühe sich die Aktiven neben ihrer Arbeit, Familie & Freunde ans Bein binden, einfach nur um etwas Gutes zu tun. Das gibt mir verdammt viel Zutrauen in die Menschen und ich schöpfe selbst sehr viel Kraft und Inspiration daraus. Leider finde ich meine Altersklasse stark unterrepräsentiert, mal abgesehen von den Berufspolitiker*innen. Ich rühre schon ordentlich die Werbetrommel und hoffe, dass es sich bald ändert.



Vivian

„Der Einfluss eines jeden einzelnen Mitgliedes hat mich überzeugt!“

Vivian, Du bist vor Kurzem den Neuköllner Grünen beigetreten. Was hat Dich zu uns geführt?

Ich habe mich schon lange mit grünen Positionen identifiziert. Aber mit dem Erstarken von rechtspopulistischen Parteien in den letzten Jahren in ganz Europa fiel bei mir die Entscheidung,

für meine Überzeugungen im Rahmen eines parteilichen Engagements eintreten zu wollen. Zunächst habe ich die Gremien der Grünen als Interessierte besucht – diese sind für alle Menschen öffentlich. Zum Beitritt motivierte mich der Besuch der Landesmitgliederversammlung im März. Der basisdemokratische Einfluss bei der Aufstellung der Landesliste der Berliner Grünen verdeutlichte, wie groß das Veränderungspotenzial eines jeden einzelnen Mitgliedes ist. Dass insbesondere auch Menschen die Mitwirkung ermöglicht wird, die nicht über eine deutsche Staatsbürgerschaft oder das vollendete 18. Lebensjahr verfügen, ist im Übrigen ein besonderer Pluspunkt bei den Grünen – gerade im international geprägten Neukölln!

Welches Thema liegt Dir besonders am Herzen und was möchtest Du bei uns bewegen?

Vor meinem Beitritt habe ich mich in der Hochschulpolitik für Gleichstellungs- und Diversityarbeit engagiert und mich mit Bürgerrechten im digitalen Raum beschäftigt. Außerdem bewegt mich, wie urbanes Leben gerechter gestaltet werden

kann, sodass ein gutes Leben für alle möglich ist – unabhängig von sozialer Lage, Geschlecht, Alter, Gesundheit oder Herkunft. Der Einsatz für mehr Bildungsgerechtigkeit, eine saubere Umwelt, bezahlbares Wohnen, einen fahrradfreundlichen Stadtverkehr und die konsequente Integration von bislang unterrepräsentierten sozialen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, in der Politik und im Sozialleben sind mir darum besonders wichtig.

Engagierst Du Dich in einem unserer zahlreichen Parteigremien?

Ja, sowohl auf der Neuköllner als auch der Landesebene. Ich gehe regelmäßig zur Bezirksgruppe – eine tolle Möglichkeit, um über die aktuellen Geschehnisse in Neukölln und in der BVV auf dem Laufenden zu bleiben und etwas über neue Themen, Probleme und Initiativen zu lernen. Ein weiterer Bonus ist, dass man hier immer nette Menschen trifft. Außerdem engagiere ich mich im Neuköllner Wahlkampf digital und auf der Straße. Auf Landesebene besuche ich regelmäßig die LAG Europa und halte mich über die LAG Netzpolitik auf dem Laufenden.

am Herzen und was möchtest Du bei uns bewegen?

Soziale Gerechtigkeit. Ich persönlich möchte mich für das bedingungslose Grundeinkommen einsetzen, was auch bei den Grünen sehr kontrovers diskutiert wird. Aber es wird diskutiert. Im Bereich Gleichberechtigung von Männern und Frauen liegt in unserer Gesellschaft leider auch noch einiges im Argen. Weiterhin liegen mir nachhaltige Entscheidungen, Entwicklungen und Visionen am Herzen, die über die nächste Wahlperiode hinausgehen – und das sowohl im sozialen wie auch im ökologischen Themenbereich.

Engagierst Du Dich in einem unserer zahlreichen Parteigremien?

Ich bin Mitglied im Berliner Arbeitskreis „Bedingungsloses Grundeinkommen und Grundsicherung“ und ich mische im Wahlkampf in der AG Video mit.



Andreas

„Ich setze mich für das bedingungslose Grundeinkommen ein!“

Andreas, Du bist vor Kurzem den Neuköllner Grünen beigetreten. Was hat Dich zu uns geführt?

Ich habe mich schon lange mit dem Gedanken beschäftigt, mich politisch zu engagieren und mich für eine offene Gesellschaft und nachhaltige Entscheidungen einzusetzen, die über die nächste Wahlperiode hinausdenken. Doch war ich immer zu bequem. Doch der Zulauf, den die AfD und Pegida haben, haben mich aus der Komfortzone herausgetrieben. Mich erschreckt, dass versucht wird, bestimmte Positionen und Wortwahlen wieder gesellschaftsfähig zu machen, die für mich bisher undenkbar waren. Aber selbst in meinem persönlichen Umfeld werden vereinzelt auf einmal einfache populistische Positionen bezogen und nicht mehr differenziert. Dem wollte ich etwas entgegensetzen und da gab es für mich nur die Grünen.

Welches Thema liegt Dir besonders

JUNG, GRÜN UND STACHELIG

Die Grüne Jugend Neukölln ist wieder aktiv



Wir, die Grüne Jugend Neukölln, richten uns an junge Leute zwischen 14 und 27, die Lust auf Politik haben. Dabei ist nicht Voraussetzung, dass ihr schon Vorwissen über politische Strukturen habt oder Fachwissen mitbringt. Vielmehr freuen wir uns über frischen Wind und möchten eine Plattform für politischen Austausch bieten. Bei unseren Treffen nehmen wir uns meistens ein Thema vor, zu dem wir uns austauschen, diskutieren und eigene Projekte starten (unsere Treffen findet ihr auf unserer Facebook-Seite).

Im Wahlkampf wollen wir eigene Impulse und Akzente setzen – mit Themen, die uns als junge Leute bewegen. Dafür haben wir als Grüne Jugend eine eigene Kampagne mit eigenen Aktionen. Unsere drei Kernthemen für die Bundestagswahl sind Klima, soziale Gerechtigkeit und gleiche Rechte für alle.

Wir freuen uns immer über neue Gesichter, schreib uns gerne und komm vorbei!

E-Mail: gj@gruene-neukoelln.de
Facebook: [@gjueneukoelln](https://www.facebook.com/@gjueneukoelln)

GEMEINSAM DEM TERROR ENTGEGENSTELLEN

Marsch gegen islamistischen Terror – mit Unterstützung aus Neukölln

Am 9. Juli trafen sich am Breitscheidplatz um 12.30 Uhr dreißig Imame aus Frankreich, Belgien und Berlin, um am Ort des schrecklichen Weihnachtsmarkt-Attentats gegen Terrorismus zu protestieren. Im Dezember waren bei einem islamistischen Anschlag an genau dieser Stelle zwölf Menschen getötet worden. Vom Breitscheidplatz aus ging der „Marsch der Muslime gegen Terrorismus“ dann weiter nach Brüssel, Nizza, Toulouse und Paris, auch dort an die traurigen Orte der großen Anschläge.

Zur Auftaktveranstaltung am 9. Juli eingeladen hatten Pfarrer Martin Germer von der evangelischen Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und Imam Taha Sabri aus der Neuköllner Dar-as-Salam-Moschee. Taha Sabri pflegt seit Jahren Kontakte zur evangelischen Gemeinde am Neuköllner Herrfurthplatz. Außerdem lädt er gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung zu Diskussionen politischer und gesellschaftlich relevanter Fragen in die Moschee ein. Kein Wunder also, dass er auch hier wieder zu den Initiatoren einer interreligiösen und friedenspolitischen Aktion gehörte.

Zum „Marsch der Muslime gegen Terrorismus“ waren zwar etliche Berlinerinnen und Berliner gekommen.

Eine große Demonstration jedoch kam nicht zustande. Mehr als hundert Menschen aus verschiedenen Moschee-Gemeinden waren nicht gekommen.

Grußworte sprachen Bischof Markus Dröge und Staatssekretärin Saw-san Chebli in Vertretung des regierenden Bürgermeisters Michael Müller. Saw-san Chebli fand klare Worte: Es genüge nicht, wenn sich Muslime und Musliminnen vom Terror im Namen des Islam distanzieren und dann nichts mehr damit zu tun haben wollten. Sie müssten raus auf die Straße und die Ablehnung von Gewalt und Terror im Namen ihrer Religion auch laut und öffentlich machen. „Warum müssen wir uns distanzieren?“ werde sie oft von Jugendlichen gefragt. „Weil das im Namen eurer Religion passiert – deshalb müsst ihr protestieren.“ Ähnlich sagte es der Initiator des Marsches, der französische Imam Hassen Chalghoumi: Es gehe darum, eine „Botschaft der menschlichen Brüderlichkeit gegen den Terrorismus“ auszusenden. Die Veranstaltung war immerhin ein Anfang und es ist zu hoffen, dass sie zu einer Bewegung wächst.

Susanna Kahlefeld, MdA und unsere Grüne Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2017

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen,
Kreisverband Neukölln

Redaktionsadresse:

Neuköllner Stachel,
Bündnis 90/Die Grünen
Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9,
12043 Berlin

V.i.S.d.P.: Oliver Timm

oliver.timm@gruene-neukoelln.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Turgut Altug, Andreas Audretsch, Lena Brommer, Igor Fayler, Werner Graf, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Georg Kössler, Raphael Schanz, Julia Maria Sonnenburg, Sibylle Steffan, Gabriele Vonnekold, Daniel Wesener

Druck: Eversfrank Berlin GmbH

Auflage: 30 000



Vorstandssprecher*innen:

Christine Spannagel
christine.spannagel@gruene-neukoelln.de
Oliver Timm
oliver.timm@gruene-neukoelln.de

Internet: www.gruene-neukoelln.de

e-Mail: info@gruene-neukoelln.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt die*der jeweilige Autor*in die Verantwortung.

Wir versuchen einseitig geschlechter-spezifische Begriffe zu vermeiden. Falls das nicht möglich ist, nutzen wir den Genderstar.

ASYL- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

Probleme auszulagern, löst sie nicht – Asyl- und Flüchtlingspolitik funktioniert nur durch europäische Zusammenarbeit

Die Europäische Union (EU) ist seit dem Amsterdamer Vertrag von 1999 zuständig für die gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik. Als 2015 immer mehr Menschen hauptsächlich in Griechenland und Italien ankommen, offenbaren sich hier lange bekannte Konstruktionsmängel. Heute ist die Flüchtlingspolitik das Paradebeispiel für eine aufgrund nationaler Interessen nicht handlungsfähige EU. Doch statt für eine andere Migrationspolitik zu kämpfen, verlagern die Europäische Kommission sowie Teile der Staats- und Regierungschefs interne Uneinigkeit mit krummen Deals vor die europäischen Außengrenzen.

2015 versuchen mehr als eine Million Menschen das Mittelmeer zu überqueren, um an den südlichen Küsten Europas Schutz zu suchen. Nach dem Dubliner Übereinkommen ist für die Unterbringung und die Asylverfahren dieser Geflüchteten der Mitgliedstaat zuständig, in den sie zuerst eingereist sind. Die meisten – knapp 850.000 – kommen in Griechenland an, gefolgt von Italien mit rund 150.000. Schnell ist klar, dass das Dublin-System bei einer so großen Anzahl Schutzsuchender in Italien und Griechenland nicht mehr funktioniert. Doch Vorschläge seitens der Europäischen Kommission für ein faireres Verteilungssystem werden vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs blockiert.

Besonders Griechenland, das unter der schwelenden Eurokrise leidet, ist mit der Registrierung und der Unterbringung überfordert, sodass die Geflüchteten unregistriert weiterreisen. Am Budapester Bahnhof unter schlechtesten Bedingungen gestrandet, lässt Ungarns Premier Orbán sie schließlich mit Bussen bis vor die österreichische Grenze fahren, von wo



Kanzlerin Merkel sie am 6. September nach Deutschland einreisen lässt. Der „Kontrollverlust“ an den Binnen- und Außengrenzen der EU ist den Regelungen des Dubliner Übereinkommens geschuldet, nämlich dass die Verantwortung für Geflüchtete allein bei den Mittelmeer-Anrainern liegt. An europäischer Solidarität mangelt es in der Flüchtlingspolitik also keineswegs erst seit dem Moment, in dem außer Frankreich kein Mitgliedstaat bereit ist, einige der über Ungarn nach Deutschland eingereisten Menschen aufzunehmen. Schon lange werden die Aufnahmeländer im Süden Europas vom Rest der Mitgliedstaaten allein gelassen.

Was in den nächsten zwei Jahren

folgt, stellt die Grundwerte der EU in Frage: Noch im September beschließt der Europäische Rat zwar die Umverteilung von 160.000 Geflüchteten aus Griechenland und Italien und die Einrichtung von Hotspots zur Registrierung. Doch werden die Ratsbeschlüsse nur äußerst schleppend umgesetzt. Innerhalb der EU werden Grenzen geschlossen, Zäune gebaut und Grenzkontrollen wieder eingeführt. Die Visegrád-Gruppe aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn erklärt, keine Flüchtlinge aufzunehmen und hält die geltenden europäischen Asylstandards zur Versorgung von Flüchtlingen schlicht nicht ein. Österreich beschließt eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlin-

gen. Und Deutschland verschärft sein Asylrecht massiv, während es parallel einen Deal mit der Türkei aushandelt, der aufgrund der unsicheren Lage in der Türkei als völkerrechtswidrig gilt. Der Dauer-Ausnahmestandard und nationale Alleingänge stehen langfristigen Lösungsansätzen im Weg.

So spaltet die Flüchtlingspolitik die EU tief: Mitgliedstaaten, in denen Geflüchtete zuerst ankommen und in denen die meisten Asylanträge gestellt werden, zeigen sich offen für einen europäischen Verteilungsschlüssel. Osteuropäische und weniger betroffene Mitgliedstaaten lehnen diesen Ansatz ab. Das Scheitern einer gemeinsamen Politik stellt somit europäische Werte ganz grundsätzlich in

Frage. Denn Solidarität, Rechtsstaatlichkeit, Mitmenschlichkeit und die Überzeugung, dass Zusammenarbeit die Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung ist, scheinen nicht der Leitfaden der Staats- und Regierungschefs zu sein. Zudem schlittert die EU in ein Dilemma, weil die Handlungsunfähigkeit der europäischen Institutionen die Glaubwürdigkeit der EU als Ganzes untergräbt, den Nährboden für Rechtspopulismus bereitet und Zusammenarbeit immer unwahrscheinlicher macht.

Daher setzen einige Mitgliedstaaten auf eine Lösung außerhalb der Grenzen Europas. Durch Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern werden nach dem Vorbild des Türkei-Deals Entwicklungshilfe und Außenpolitik in den Dienst der Flüchtlingsabwehr gestellt und somit das individuelle Recht auf Asyl in der EU weiter beschnitten. An diesen Deals ist das Europäische Parlament im Übrigen nicht beteiligt. Europa zulasten Schutzsuchender zu einer Festung aufzurüsten, darf aber nicht von der eigentlichen Aufgabe der Staats- und Regierungschefs ablenken, nämlich eine neue europäische Migrationspolitik auf den Weg zu bringen, die eine legale Einreise in die EU ermöglicht. Auch Fluchtursachenbekämpfung erfordert entschlossenes, gemeinsames Handeln in der EU, damit keine Rüstungsexporte mehr in Krisengebiete gehen, damit die europäische Agrar- und Handelspolitik keine Märkte in Afrika mehr zerstört und damit konsequenter Klimaschutz dazu beiträgt, neue Dürren zu vermeiden. Um auf diesen Weg der europäischen Zusammenarbeit zurückzufinden, braucht es politischen Druck und frischen Gestaltungswillen – beispielsweise durch eine neue Bundesregierung im Herbst. **Sibylle Steffan, Sprecherin LAG Europa**

EUROPAPOLITIK

Hoffnungsträgerin „Brüssel“

Von allen Seiten gibt es immer wieder Kritik an der Europäischen Union (EU) – an den bürokratischen Strukturen, an ihren internationalen Handelsverträgen, am Umgang mit Geflüchteten und an Verordnungen und Richtlinien aus „Brüssel“. Doch wie gerechtfertigt ist diese Kritik?

Gerne wird übersehen, dass aus Brüssel auch progressive Initiativen kommen, die über die Politik der deutschen Bundesregierung hinaus gehen. Diese werden jedoch entweder unbemerkt verabschiedet oder von ebendieser auch schonmal blo-

Die Bundesregierung hat strengere EU-Abgasregelungen jahrelang verschoben und blockiert.

ckiert. Beispiele dafür gibt es viele: Zum Umweltschutz wurde der Kohlendioxid ausstoß von Fahrzeugen schon Anfang der 1990er Jahre in der EU normiert und sollte seitdem immer weiter reduziert werden. Die Bundesregierung hat strengere EU-Abgasregelungen jedoch nicht nur jahrelang verschoben und blockiert,



sondern sich auch nach dem jüngsten Dieselskandal immer wieder entschieden gegen strengere Abgas tests und Kontrollen ausgesprochen. Weitere Beispiele sind die Vorschläge der Europäischen Kommission für eine Anpassung der CO2-Zertifikate, für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer sowie strukturelle Reformen des EU-Budgets. Die EU war in den vergangenen Monaten wegen Einschränkungen für internationale Universitäten in Ungarn und der umstrittenen Justizreform in Polen auch immer wieder in ihren Mitgliedstaaten aktiv. Mit Polen streitet sie sich schon seit

Anfang 2016, mit Ungarn noch viel länger. Am Ende wurden gegen beide Länder Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, um den Druck zu erhöhen und die Menschenrechte der Bürger*innen zu schützen. Diese Beispiele unterstreichen die Bedeutung der EU für grenzüberschreitende Herausforderungen, wie Populismus, Armut und Klimawandel, die nur gemeinsam gelöst werden können.

Eine treibende Kraft zur Lösung aktueller globaler Probleme!

60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge ist ein gemeinsames Vorgehen in Europa für eine gerechte Globalisierung und für eine ökologische, soziale und ökonomisch

Ein gemeinsames Vorgehen für eine gerechte Globalisierung und für eine ökologische, soziale und ökonomisch nachhaltige Gesellschaft ist dringender denn je!

nachhaltige Gesellschaft dringender denn je. Allerdings könnten die genannten Beispiele noch viel schneller, effektiver und im Sinne der globalen Agenda für nachhaltige Entwicklung angegangen werden, wenn nationale Regierungen diese progressiven Initiativen im

Rat mittragen würden. Auch müsste das Europäische Parlament mehr Einflussmöglichkeiten bekommen und müssen Verfahren transparenter und partizipativer ausgestaltet werden. Deshalb ist die Bundestagswahl im September nicht nur für die zukünftige Politik in Deutschland entscheidend, sondern auch für die Zukunft der Europäischen Union.

DAS INTERVIEW

Jochen Biedermann, Neuköllns Grüner Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Bürgerdienste

Lieber Jochen, seit Ende Oktober letzten Jahres bist Du Neuköllns Grüner Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Bürgerdienste. An Herausforderungen mangelt es nicht in Neukölln. Was sind deine zentralen Anliegen als Stadtrat?

Oh, wo soll ich da anfangen? (lacht) Ein zentrales Anliegen für mich ist natürlich, alles, was in der Macht des Bezirkes, steht zu unternehmen, um gegen steigende Mieten und Verdrängung vorzugehen. Zu verhindern, dass Menschen ihre Wohnung verlieren, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Das heißt nicht nur Wegzug an den Stadtrand, das heißt immer öfter – auch für Familien – den direkten Weg in die Wohnungslosigkeit. Das müssen wir stoppen! Daneben ist es mein Anspruch, ansprechbar zu sein für alle Neuköllner*innen und ihre Anliegen – und nicht auf Durchzug zu schalten, weil ich vielleicht eine andere Meinung habe. Das heißt auch, den eigenen Standpunkt immer wieder zu hinterfragen – aber ihn auch zu erklären, zu vertreten und sich nicht wegzuducken, wenn es Gegenwind gibt. Ich glaube, dass viele das mehr schätzen, als wenn ihnen ständig nach dem Mund geredet wird. Besonders die steigenden Mieten besorgen viele Neuköllner*innen. Mit welchen Antworten und Konzepten kämpfst Du gegen Immobilienspekulation und soziale Verdrängung – und was hast Du bereits erreicht?

Ich bin angetreten, um alle Möglichkeiten, die wir im Bezirk haben, auch zu nutzen, um den Wohnungsmarkt zu beruhigen. Daran arbeite ich seither jeden Tag: wir haben den Milieuschutz deutlich geschärft und ausgeweitet. Wir haben das Vorkaufsrecht in einem Fall bereits ausgeübt und damit verhindert, dass dort hochpreisige Eigentumswohnungen entstehen. Weitere Fälle werden folgen. Und ich verhandle bei Neubauprojekten regelmäßig über den Anteil bezahlbarer Wohnungen. Darauf hat Neukölln in der Vergangenheit immer verzichtet.

Das sind keine einfachen Gespräche, weil sich die Investoren erst daran gewöhnen müssen, dass jetzt ein anderer Wind weht. Aber es lohnt sich. Jede bezahlbare Wohnung, die erhalten oder geschaffen wird, ist ein Gewinn für Neukölln.

Durch zusätzliche Milieuschutzgebiete, für die Du bereits während Deiner Zeit als BVV-Mitglied gestritten hast, wird der Mietmarkt im Norden Neuköllns etwas beruhigt. Die Ausweitung und konsequente Umsetzung des Milieuschutzes kann aber nur ein erster Schritt sein. Wo stoßen deine Handlungsspielräume auf Grenzen? Was muss auf Landes- und Bundesebene passieren?

Milieuschutz kann immer da helfen, wo ein Haus modernisiert, in Eigentumswohnungen umgewandelt oder als Ganzes verkauft wird. Es hilft aber nicht gegen die „normalen“ Mietsteigerungen und vor allem nicht gegen den Wahnsinn bei Neuvermietung. Da haben wir in Neukölln inzwischen teilweise Preise von über 20 Euro pro Quadratmeter. So etwas zuzulassen, ist ein krasses Versagen der schwarzen Bundesregierung, als Bezirk haben wir da null Kompetenzen. Es braucht endlich eine Mietpreisbremse, die auch wirklich bremsen. Die gegenwärtige Placebobremse ist der Regierung doch direkt von der Immobilienlobby in die Feder diktiert worden – und entsprechend wirkungslos. Darüber hinaus haben viele Änderungen im Mietrecht in den letzten fünfzehn Jahren unter Schwarz-Gelb und Schwarz-Rot dazu geführt, dass sich die Kräfteverhältnisse zu Gunsten der Vermieter verschoben haben. Wobei ich diese keineswegs unter Pauschalverdacht stellen will. Es gibt nach wie vor viele verantwortungsvolle Einzeleigentümer*innen, denen ihr Haus und die Bewohner*innen am Herzen liegen. Aber eben zunehmend Akteure, die es allein auf Gewinnmaximierung abgesehen haben und die leider zu oft am längeren Hebel sitzen. Dabei darf die Gesellschaft nicht



Bewohner der geretteten Obdachlosenunterkunft überreichen Blumen

einfach zusehen.

Ein weiteres Problem beim Milieuschutz ist, dass dieser nicht für Gewerbeflächen gilt. Die Räumung des Kiezladens in der Friedelstraße 54 hätte mit „Gewerbe-Milieuschutz“ verhindert werden können. Welche Antworten hast Du für Kitas, Vereine und Kleinunternehmen, die vor der Herausforderung steigender Mietpreise stehen?

Ich weiß nicht, ob das so stimmt. Klar ist, die Chance, den Konflikt um die Friedel54 zu lösen, ist letztes Jahr vertan worden. Das ist sehr bitter. Es gibt aber nicht den einen Schuldigen, alle Beteiligten tragen ihren Anteil daran. Am Tag der Räumung war der halbe Kiez auf den Beinen. Das zeigt auch: die Friedel54 ist ein Symbol für eine falsche Entwicklung, die gerade an vielen Ecken in Neukölln passiert. Kleine Gewerbetreibende, Vereine, Kitas sehen sich drastischen Mieterhöhungen gegenüber oder bekommen direkt die Kündigung. Fast wöchentlich erreicht uns als Bezirksamt ein solcher Hilferuf. Leider hat der Be-

zirk keine eigenen Räume, um das auffangen zu können. Auch hier sind letztlich Landes- und Bundesebene gefragt. So einen Gewerbe-Milieuschutz auszugestalten wird sicherlich alles andere als einfach. Aber das darf kein Grund sein, es nicht endlich anzupacken. Aber auch alle Vermieter*innen sollten verstehen, dass die Attraktivität Neuköllns seine Vielfalt ist – und nicht eine Monokultur aus Kneipen und Restaurants.

In Südneukölln hingegen beschäftigen andere Themen die Bürger*innen vor Ort. Wo siehst Du hier Handlungsbedarf?

Ich bin viel unterwegs im ganzen Bezirk. Aber das Mietenthema etwa ist keines, das nur innerhalb des S-Bahn-Rings akut ist, das reicht weit darüber hinaus. Wir investieren dort im Moment massiv in die öffentliche Infrastruktur: der seit Jahrzehnten versprochene Neubau der Clay-Schule, der Neubau der Leonardo-Da-Vinci-Schule, der Campus Efeuweg. Die neue Bibliothek, Mitte Juli der erste Spatenstich für die neue Seniorenfreizeitstätte. Hier wollen wir gemeinsam mit den Senior*innen und vielen Akteuren vor Ort entwickeln, wie moderne Senior*innenarbeit aussehen kann. Ich glaube, da kann viel Tolles entstehen. Dann sind natürlich die unaufgeklärten Brandanschläge auf die Autos von Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, eine große Baustelle. Der harte Kern in den Initiativen, die selber Betroffenen, die lassen sich davon zum Glück nicht einschüchtern. Aber ich höre immer öfter, dass sich der weitere Sympathisantenkreis aus Angst zurückzieht. Das dürfen wir nicht zulassen.

Die Zivilgesellschaft ist eine treibende Kraft in Neukölln. Ob Volksentscheide für den Erhalt des Tempelhofer Feldes oder Initiativen wie das Bündnis Neukölln gegen Rassismus und Diskriminierung – wie unterstützt das Bezirksamt die vielen engagierten Neuköllner*innen?

Ohne Zivilgesellschaft wäre Neukölln viel ärmer. Die große Bereitschaft, sich für den Bezirk zu engagieren, ist etwas ganz Wertvolles. Die Politik muss noch stärker lernen, zuzuhören und davon zu profitieren anstatt reflexartig auf Abwehr zu schalten. Aber: dafür braucht es auch mehr Personal in der von der Sparpolitik ausgezehnten Bezirksverwaltung. Sonst ist eine konstruktive Auseinandersetzung und eine verlässliche Zu-

sammenarbeit nicht zu leisten.

Was war der bisher schönste Moment als Neuköllner Stadtrat?

Es gab viele tolle Momente. Ich glaube, als es nach kräftezehrenden und wochenlangen Hochs und Tiefs mit dem Vorkaufsrecht für die Liberdastraße doch noch geklappt hat. Aber eigentlich macht es mich immer total zufrieden, wenn etwas klappt und ich das Gefühl habe: doch, das macht einen Unterschied, dass Du diesen Job machst und nicht irgendwer anders. Als ich den Bewohner*innen in der Obdachlosenunterkunft mitteilen konnte, dass diese doch nicht geschlossen wird, sondern wir einen neuen Betreiber gefunden haben und drei von denen tags darauf mit einem riesigen Blumenstrauß bei mir im Büro standen: das war auch so ein Gänsehautmoment, wo ich Tränen in den Augen hatte.

Und was hat Dich am meisten frustriert?

Dass die bezirklichen Kompetenzen manchmal einfach nicht ausreichen und man den Betroffenen dann in die Augen schauen und sagen muss: es tut mir leid, ich finde das auch total falsch, aber ich kann leider nichts dagegen tun. Das ist immer bitter.

Mal ein anderes Thema: Hast Du angefangen, die Serie „4 Blocks“ zu gucken?

Nein, sollte ich vielleicht. Aber ich bin auch generell nicht so der Serienmensch – und vor allem fehlt mir dafür die Zeit.

Wie entspannst Du Dich nach einem langen Arbeitstag?

Beim Sport, am liebsten beim Schwimmen. Aber meine Saisonkarte für die Freibäder werde ich dieses Jahr wohl nicht aufbrauchen. Deren Öffnungszeiten vertragen sich einfach nicht mit meinen Arbeitszeiten.

Hast Du einen kulinarischen Geheimtipp in Neukölln?

Einige meiner kulinarischen Lieblinge sind leider mittlerweile selbst den steigenden Mieten zum Opfer gefallen, zum Beispiel das Nansen. Wenn ich mir etwas besonderes gönnen will, gehe ich gerne in die Babbo Bar in der Donaustraße, direkt aus der Tür vom Rathaus – besonders die Vorspeisen haben es mir angetan. Aber ich esse auch nach wie vor gerne Kartoffelpuffer mit Kräuterquark beim Pufferimbiss am Hermannplatz – wobei der streng genommen ja bereits auf Kreuzberger Territorium ist.

Vielen Dank für das Interview!

Das Interview führte Raphael Schanz.



GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und

Tagesordnung stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de.

Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!